Kulke beim

Kungeln ertappt

Im Herbst dieses Jahres soll vom Gorleben-erprobten Bürgerdialogsspezialisten Kulke eine Informationsstelle in Salzgitter eröffnet werden.

Der Ausgangs dieses Dialogs mit den Bürgern ist angesichts der bereits geschaffenen Fakten, 7 Jahre Untersuchung des Schachtes mit einem Ergebnis, das das BMFT (Bundesforschungsminsterium) der Öffentlichkeit nicht in voller Länge zumuten mag, schon vorherbestimmt.

Angesichts Kulkes Gorlebener Geschichte und des neuen dunklen Flecks auf seiner Weste zogen die Bls den Schluß "Er soll seine Informationsstelle gar nicht erst aufmachen." Die angebliche Bereitschaft zu einer öffentlichen Auseinandersetzung, die von Seiten der politischen Verantwortlichen immer wieder betont wird, muß durch die

 Rücknahme von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis für die AKWs Grafenrheinfeld, Grohnde, Brokdorf, Lingen 2 und Isar 2

 Genehmigung und Finanzierung des kritischen Zweitgutachtens

Bereitstellung der bisherigen Forschungsdaten

Aussetzung des Planfeststellungsverfahrens

erstmal unter Beweis gestellt werden.

gestellt werden.

Im Rahmen des "Bürgerdialogs Kernenergie" war am 23.9. vom BMFT-Beauftragen Kulke zu einer "wissen-schaftlichen" Diskussion pro/contra Atommüll in Schacht Konrad eingeladen worden. Auf der Pro-Seite saßen die Wissenschaftler, die 62.000 DM und sieben Jahre Zeit hatten, Ziegler vom BMFT, Brewitz und Stippler von der "Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung", auf der anderen Seite H. Hirsch und Kreusch von der Gruppe Ökologie, die ohne Geld in nur wenigen Wochen, den Endbericht bewerten soilten. Die Veranstaltung wurde unprogrammäßig von den Bls eröffnet, die die Bühne besetzten. Die Herren von der Atommafia wurden aufgefordert, den Saal zu verlassen, da sie jedoch sitzen blieben, schloß sich vor



Nachdem von Seiten der BIs bei einer ähnlichen Veranstaltung am 21. Juni bereits Polizeibespitzelungen bemerkt worden waren, beteuerte Kulke auf Verlangen der BIs öffentlich, daß während der Veranstaltung kein Tonband mitlaufe noch die Polizei draußen aktiv sei. Glücklicherweise konnten die Lauscher ebenfalls belauscht werden. Den Grünen ging einige Tage nach der Veranstaltung anonym ein Zusammenschnitt des Polizeifunks zu.

Kulke zog es vor zu erklären, er wäre von der Polizei ebenfalls belauscht worden, doch das Tonband brachte es an den Tag: Kulke hatte von dem Lauschangriff gewußt!

Auschnitt aus dem Polizeifunk:,,Es wäre angebracht, wenn mit Ende der Veranstaltung sofort ein K-Beamter mit Kulke unauffällig in Verbindung setzt, daß Herr Kulke keinesfalls erzählt, daß hier ein Tonband mitläuft."

Ein Sprecher des Nieders. Innenministeriums bezeichnete die Lauschaktion als "üblich, um Störungen vorzubeugen", sie wäre nötig gewesen um "Beweise zum Aufruf zu Straftaten oder Gewalttätigkeiten zu haben."Um auf diese Funktion des "Bürgerdialogs" aufmerksam zu machen, hat der Braunschweiger AK gegen Atomenergie ein Extra-Info herausgegeben.

Dieses hat sich anscheinend noch nicht weit genug verbreitet, denn wie konnte es sonst Herrn Kulke gelingen, bei einer "Anhörung" zur Eignung des Gorlebener Salzstocks als Atommüllendlager, bei der nur die mehr oder weniger schlimmen Auswirkungen seiner Nichteignung verhandelt wurden, als Diskussionsleiter unbehelligt auf dem Podium zu sitzen.

ihnen der Vorhang. Die Vertreter der Gruppe Ökologie (GÖK) begaben sich ins Publikum, wo H. Hirsch die Ergebnisse der ersten Durchsicht des Endberichts vorstellte und auf die Möglichkeit hinwies, "daß die GSF sich bei der Berechnung der Gefährlichkeit durch das Element Plutonium um den Faktor 70 Milliarden geirrt hat." Der folgenden Diskussion mit Kulke und Co., die wieder hinter dem Vorhang hervorgekommen waren, lauschten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Lauscher vom Dienst. Die Diskussionsbeiträge der BIs wurden vom Staatsschutz auf einem Tonband mitge schnitten, zusätzlich befand sich zur "Erkundung der Lage" ein Polizeispitzel im Saal. Draußen vor der Tür notierte die Polizei derweil Autokennzeichen, Teilnehmer der Veranstaltung wurden heimlich fotografiert und Personenbeschreibungen an die Zentrale durchgegeben.

